

## **Bolivien bezahlt die Spesen von Wall Street**

Der Kollaps des Finanzsystems, angefangen bei der Börse von Wall Street, breitet sich wie die Druckwellen einer Bombe auf den gesamten Globus aus. Bolivien ist dabei keine Ausnahme.

### **Eine traurige Geschichte**

Seit zwanzig Jahren predigen die Gurus der Freien Marktwirtschaft und des „Casino-Kapitalismus“ das Evangelium von der Deregulierung der Wirtschaft und der Abschlankung des Staates. Dieser soll sich gefälligst nicht mit dem tollen Spiel der Bankiers und Spekulanten beschäftigen, sondern höchstens dafür sorgen, dass niemand Sand ins Getriebe des Karussells wirft, das sich immer schneller und verrückter zu drehen begann.

1985 wurde in Bolivien, unter Druck des internationalen Kapitals und dem Heisshunger von Investoren und Spekulanten, offiziell der Neoliberalismus als wirtschaftliche Doktrin eingeführt, viele Staatsbetriebe zu unteretzten Preisen privatisiert (hier hiess das damals „kapitalisiert“) und die Arbeiter der Minen und Dienstleistungsbetrieben des Staates massenweise entlassen. Verarmung und Landflucht war die Folge, während eine Handvoll Unternehmer und Finanzhaie ihren Lebensabend vergolden konnten.

Während hierzulande Wasser gepredigt wurde – eine Freie Marktwirtschaft ohne Schranken –, schützten die USA und die EU schon damals ihre Grenzen vor einer ungewünschten Konkurrenz, vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Zudem gingen die Grenzen immer mehr zu für die Menschen, welches dasselbe System in die Flucht getrieben hatte.

Bolivien galt bis 2003 als Musterknabe des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, weil es die Doktrin der Strukturanpassung und der Liberalisierung des Marktes mit religiösem Eifer in die Tat umsetzte. Multinationale Unternehmungen sahen ihre Chance, die Bodenschätze wie Erdöl, Erdgas, Kupfer und Zink zu Spottpreisen zu ergattern und dabei noch praktisch keine Steuern zu bezahlen. Ein Geschäft, bei dem die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung mit vom Hunger ausgehöhlten Augen zugucken musste, wie die nationale Elite das Land buchstäblich an das internationale Kapital verschleuderte.

### **Die Blase ist geplatzt**

Inzwischen ist die Finanzblase im Herzen des Weltkapitalismus geplatzt. Die Finanzmanager der grossen Banken in den USA, aber auch in der Schweiz, stehen ratlos da; den immer sehr wortgewandten Theoretiker des Neoliberalismus und der Freien Marktwirtschaft hat es die Sprache verschlagen. Einige wenige wagen es noch, hinter vorgehaltener Hand von einer „vorübergehenden Krise“ zu sprechen. Andere aber, die noch vor einem Jahr auf die Bibel des Neoliberalismus und der Doktrin der völligen Flexibilisierung des Marktes geschworen haben, flehen jetzt Väterchen Staat an, doch um Himmels willen einzugreifen und die arg gebeutelte Finanzwelt zu stützen.

Es ist eine umgekehrte Welt, die nicht mal Gott mehr versteht: Neoliberale und konservative Wirtschaftsexperten verteidigen plötzlich die regulierende Rolle des Staates, ein schon immer von den Linken und Kritikern des Kapitalismus vorgebrachtes und militant eingefordertes Postulat. Plötzlich sind die „linken“ Postulate eine Art Rettungsring für das ertrinkende Casino der Spekulanten und Finanzhaie. Dabei geht es um Trillionen Dollars, die gesamten Auslandsschulden der hundert ärmsten Länder. Nur schon der lächerliche „Zustupf“ von 400 Milliarden Dollar, den der US-Kongress den Banken zugesprochen hat, würde Bolivien für die nächsten zehn Jahre ausreichen, um die Armutsgrenze praktisch auf Null zu senken.

Dabei geht es um eine „Rettung“ von Kriminellen mit den Steuergeldern der grossen Mehrheit von Menschen aus der Mittelschicht und Unterschicht (bekanntlich bezahlen die Reichen in den USA praktisch keine Steuern...). Jahrzehntlang haben die Banken und Börsen das internationale Geldgeschäft derart in spekulative Höhen getrieben, dass sogar die Aufsichtsbehörden errötet sind, aber gemäss der Doktrin der Freien Marktwirtschaft nichts getan haben: der Markt reguliert sich ja von selber. Bankmanager und Börsenspekulanten haben sich milliardenschwer bereichert, während die vielen Kleinsparer zusehen mussten, wie ihre Investitionen und Sparschweine wie Schnee an der Sonne schmolzen.

Vermutlich wird keiner dieser Spekulanten gerichtlich belangt werden, da das System „gesichtslos“ ist und nur von der „unsichtbaren Hand“ des Marktes gelenkt wird. Wer den Leuten billige Hypotheken angeschmiert hat, kann sich ja schliesslich darauf berufen, dass dies zum Berufsrisiko gehöre und die Leute selber schuld seien, wenn sie sich auf dieses Geschäft einliessen.

## **Die Armen bezahlen die Rechnung**

Obwohl noch nicht absehbar ist, welche Ausmasse diese Finanzkrise wirklich haben wird (schlimmer als die Depression von 1929?), ist schon jetzt klar, dass die Rechnung von den Habenichtsen und Armen dieser Welt bezahlt werden wird. Diejenigen, die sich vom erhitzten Finanzgeschäft der letzten Jahre und Jahrzehnte bereichert haben, haben ihr Scherfchen sowieso im Trockenen.

Der Steuerzahler wird tief in die Tasche greifen müssen, um einen freien Fall des internationalen Finanzsystems zu verhindern oder mit einem Fangnetz aufzufangen. Und dies ganz nach dem neoliberalen Dogma: „die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert“. Dazu kommt, dass sich viele Kleinsparer und Häuschenbesitzer verschulden werden und ihre Ersparnisse mehr oder weniger abschreiben können.

Für ein Land wie Bolivien bedeutet diese Krise einen Fall der Preise für die Bodenschätze, insbesondere die Erzeugnisse aus den Minen (der Zinkpreis ist seit einer Woche um fast 100% gesunken). Unmittelbare Folgen: Massenentlassungen, Kaufkraftminderung, Einschränkungen im Bereich von Erziehung und Gesundheit, Verarmung und Zunahme der Kriminalität.

Ausserdem werden viele Länder, wohin die Bolivianerinnen und Bolivianer auf der Suche nach Arbeit und Einkommen gezwungenermassen ausgewandert sind, die „Manövriermasse“ ausländischer Arbeitskräfte nicht mehr benötigen, da der Markt kollabiert ist und die Gürtel der einheimischen Unternehmen und Betriebe auch etwas enger (statt eine Million eben nur eine halbe Million Gewinn) geschnallt werden müssen. Folge: die Rückkehr vieler Bolivianerinnen und Bolivianer aus Spanien, Argentinien, USA, der Schweiz und anderen Ländern, um sich in das sowieso angewachsene Heer der Arbeitslosen und GelegenheitsarbeiterInnen zu fügen. Und dies wird unweigerlich zu einer Erhöhung der sozialen Unruhe, zu mehr Hunger und Todesfällen aufgrund von Krankheiten und Suizid führen.

Keiner der Spekulanten von Wall Street denkt jemals in seinem klimatisierten Penthouse daran, dass sein unverantwortliches Casino-Verhalten mit dem Schicksal jenes bolivianischen Minenarbeiters zu tun hat, der seine Arbeit verloren hat, seine Familie nicht mehr ernähren kann und sich aus Verzweiflung am Eingang der Mine erhängt hat.

## **Plötzlich redet man wieder von „Sozialismus“**

Als der bolivianische Präsident Evo Morales vor zwei Jahren die Ergasförderung „verstaatlichte“, schrie die halbe Welt auf und beurteilte ein solches Vorgehen als überholt, antiquiert und unvernünftig. Vor kurzem hat die US-Regierung, die solche Akte immer als Attentat gegen den

Freihandel und die Freie Marktwirtschaft gebrandmarkt hat, die AIG (die grösste Versicherungsgesellschaft der USA, die wegen dem Hypothekenskandal der Banken Bankrott ging) verstaatlicht.

Sogar völlig unverdächtige Wirtschaftsfachleute wie Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz sprechen inzwischen davon, dass die Linke im Moment „ein kohärentes Programm [habe], das nicht nur ein grösseres Wachstum, sondern auch soziale Gerechtigkeit anzubieten habe“. Der „Sozialismus“ scheint plötzlich, nach fast zwanzig Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer, wieder salonfähig geworden zu sein, und der als „einzig möglicher Weg“ gepredigte Pfad der neoliberalen Globalisierung scheint in einen Abgrund zu münden, in den die Grossmacht USA den Rest der Welt mit hineinzuziehen droht.

Der „demokratische Sozialismus“ von Evo Morales wurde von der Elite in Europa, USA und auch in Bolivien als weltfremd und hinterwäldlerisch betrachtet. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die ihm Recht geben und eine Wirtschafts- und Finanzordnung, die sich an den wirklichen Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, die künftige Generationen genauso einbezieht wie die Natur, und die vom Staat klare Vorgaben und Steuerung bekommt, fordern.

Nur eben: es wird noch viel Geschirr zerschlagen werden, das von den Habenichtsen dieser Welt bezahlt werden muss, bis auch die „Falken“ und Hohepriester eines unbeschränkten Wachstums und einer Spekulation mit Grundnahrungsmitteln, Rohstoffen und Grund und Boden allmählich zur Besinnung kommen.